

Herr Steffens (Grün- und Verkehrsflächen)
Herr Frerichs (Wirtschaftsförderung)
Herr Emenlauer (Pro Stadt)
Herr Dr. Baatz (Stadtkontor)
Herr Weis und Frau Höbel (Verkehrsbetrieb Potsdam)

Niederschrift:
Frau Kropp

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 8.6.10 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung
- 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
 - 3.1 Potsdamer Mitte
 - 3.1.1 Leitbauten in der Potsdamer Mitte (DS 09/SVV/0431) - Integriertes Leitbautenkonzept (2. Lesung)
Vorlage: 10/SVV/0412
Oberbürgermeister, FB Stadterneuerung und Denkmalpflege
 - 3.1.2 Sanierungsgebiet "Potsdamer Mitte", Durchführung kombinierten Investoren-/ Architektenwettbewerbes für die städtischen Grundstücke Humboldtstraße 1 und 2 und Aufhebung der DS 09/SVV/0191 (Wiedervorlage)
Vorlage: 10/SVV/0014
Oberbürgermeister, FB Stadterneuerung und Denkmalpflege
Fassung vom 18.01.2010
 - 3.2 Bürgerbahnhof Potsdam West - Kurzfristige Denkmalsicherung (Wiedervorlage)
Vorlage: 10/SVV/0167
Fraktion CDU/ANW, Fraktion SPD
 - 3.3 Lennégarten am Bürgerbahnhof Park Sanssouci
Vorlage: 10/SVV/0433
Fraktion CDU/ANW
 - 3.4 ÖPNV
 - 3.4.1 Buslinien zur Universität Potsdam (Wiedervorlage)
Vorlage: 09/SVV/1078
Gruppe Die Andere
mit Änderungsantrag der Fraktion SPD
 - 3.4.2 Information zur Beschwerdesituation nach dem Fahrplanwechsel des Verkehrsbetriebes Potsdam zum 1. April 2010 (gem. Beschluss STVV 10/SVV/0347)
Geschäftsführer ViP, Herr Weis
 - 3.5 Radverkehr
 - 3.5.1 Überprüfung der Prioritäten des Radverkehrskonzepts der LHP
Vorlage: 10/SVV/0407
Fraktion SPD

- 3.5.2 Radweg Drewitzer Straße
Vorlage: 10/SVV/0418
Fraktion DIE LINKE
- 3.5.3 Vorstellung Vorplanung Radverkehrsmaßnahmen 2010
FB Stadtplanung und Bauordnung
- 3.6 Umfrage zur Verkehrskonzeption für Drewitz
Vorlage: 10/SVV/0395
Fraktion DIE LINKE
- 3.7 Begrünung des Mittelstreifens der Breiten Straße
Vorlage: 10/SVV/0415
Fraktion DIE LINKE
- 3.8 Vertiefungsstudie der Touristenbuskonzeption für die Landeshauptstadt Potsdam - Februar 2010
Vorlage: 10/SVV/0475
Oberbürgermeister, Bereich Wirtschaftsförderung
- 4 Mitteilungen der Verwaltung
- 4.1 Potentialanalyse Einzelhandel in der Innenstadt und Babelsberg, hier Bericht über die Entwicklung der Potentiale gemäß Beschluss: 08/SVV/0992
FB Stadterneuerung und Denkmalpflege
- 4.2 BE zur Schaffung eines Raumangebotes für die Stadtteilschule Drewitz (gemäß Beschluss STVV 10/SVV/0145 Anbau Stadtteilschule Drewitz)
FB Stadterneuerung und Denkmalpflege
- 4.3 Verständigung zur Liste der Vorbescheidsanträge/Bauanträge vom 27.05.2010 bis 09.06.2010 sowie Beantwortung der Nachfragen aus der Sitzung vom 08.06.10
FB Stadtplanung und Bauordnung
- 5 Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Eröffnung der Sitzung durch den Ausschussvorsitzenden, Herrn Kutzmutz.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 8.6.10 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Der Ausschussvorsitzende begrüßt die Anwesenden, stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Stadtplanung und Bauen vom 8.6.10 bittet Frau Hüneke zum Diskurs zur Denkmalpflege folgende Protokollergänzung im TOP 3.1.2 – Ausbau Mangerstraße - aufzunehmen:

„Entscheidungen sind das Ergebnis von Bewertungen, und diese unterliegen auch in der kompetentesten Behörde einer Entwicklung, die sowohl durch den fachlichen Diskurs als auch durch Veränderungen in der öffentlichen Meinungsbildung entstehen kann. In diesem Sinne argumentiere ich für eine Bewertung

des westlichen Teils der Mangerstraße, die dem Zeugniswert dieses Ortes für die Kulturgeschichte Rechnung trägt. Der Zeugniswert ergibt sich nach meiner Auffassung aus dem Funktionszusammenhang mit der 1891 – 1893 errichteten Garde-du-corps-Kaserne und in vollkommen einmaliger Weise aus dem Abbau des Eises vom Heiligen See, dessen Abtransport ein historisches Foto auf der Wiese zeigt, auf die die ansonsten unverständliche Ausfahrt in Großpflaster hinführt.“

Die entsprechend ergänzte Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Stadtplanung und Bauen vom 08.06.2010 wird mit 6 Ja-Stimmen, bei 1 Stimmenthaltungen bestätigt.

Bezüglich der vorliegenden Tagesordnung erfolgen keine Einwände. Die Tagesordnung wird mit 7/0/0 bestätigt.

zu 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 3.1 Potsdamer Mitte

zu 3.1.1 Leitbauten in der Potsdamer Mitte (DS 09/SVV/0431) - Integriertes Leitbautenkonzept (2. Lesung)

Vorlage: 10/SVV/0412

Oberbürgermeister, FB Stadterneuerung und Denkmalpflege

Die Einbringung und Diskussion zur Vorlage ist bereits in der vergangenen Sitzung erfolgt.

Frau Hüneke regt an, an einzelnen Grundstücken, die keine Leitbauten sind und keine Leitfassade haben, die Gestaltungsvorgaben zu verringern. Dies betreffe das Karree am Havelufer und am Synagogenblock. Insbesondere zur Humboldtstr. 2 sollten die Kriterien weniger streng definiert werden und spricht sich dafür aus den Gebäudepass nochmals zu überarbeiten/zu verändern.

Herr Jäkel hält die Verkehrsorganisation für ergänzungsbedürftig und stellt, wie bereits in der vergangenen Sitzung angekündigt, **folgenden Änderungsantrag**: Der Beschluss ist um folgenden Punkt 4 zu ergänzen:

4. Das Leitbautenkonzept beschränkt sich zunächst auf die Quartiere I (Havelufer) und II (Schlossstraße). Die Quartiere III bis V sind vertieft zu untersuchen unter Berücksichtigung des Erhaltes des Wohnhauses am Platz der Einheit neben der Bibliothek und ggf. der Weiternutzung der Fachhochschulgebäude in der Friedrich-Ebert-Straße.

Begründung: Die Entwicklung der Quartiere I und II kann wie vorgesehen unterstützt werden. Die weiteren Planungen der anderen Quartiere berücksichtigen jedoch nicht den funktionalen und materiellen Wert des großen Wohnhauses mit einer Vielzahl preiswerter Wohnungen in der Potsdamer Mitte. Sie ignorieren ebenfalls Entwicklungsperspektiven der universell nutzbaren Bausubstanz der Moderne der FH-Gebäude. Daher ist eine komplexe Interessenabwägung in diesen beiden Fällen erforderlich, die über bloße Versuche einer Rekonstruktion von Straßenfluchten aus der Zeit vor 1945 hinausgehen sollte. Der materielle Wert von funktionierenden Gebäuden und der Wert der Erhaltung preiswerten Wohnraumes sind hier stärker als bisher zu würdigen.

Herr Dr. Seidel erinnert zum Antrag von Herrn Jäkel an die Beschlusslage (lang-

fristige Pläne Fachhochschule und Staudenhofbebauung). Er wird diesem Antrag keine Zustimmung geben. Bzgl. des Antrages von Frau Hüneke bittet er um Detailangaben; welche Freiheiten in welchem Maß gemeint sind?

Auch Herr Klipp äußert, dass ihm unklar sei, wohin der Antrag von Frau Hüneke gehen soll. Was ist unter anderer moderner Architektur zu verstehen; welche Architektursprache soll auf welchen Grundstücken zugelassen werden? Herr Klipp unterbreitet den Vorschlag die Anregung als Prüfauftrag mitzunehmen, in wie weit einzelne Gebäudepässe (z.B. Humboldtstr. 2) abgeschichtet werden könnten bzw. Möglichkeit besteht, über Gebäudepässe weniger Vorgaben zu machen.
In Sachen Staudenhof äußert er: Da vor 2015 nicht begonnen werden würde, bestehe keine Eile.

Frau Hüneke macht aufmerksam, dass bei den Leitlinien stringente Vorgaben erteilt werden sollen. Bei der Humboldtstr. 2 wäre eine größere Glasfläche als 50 % denkbar; man bräuchte nicht unbedingt ein schräges Dach und sie spricht die mögliche Spiegelung der Schlossfassade an. Frau Hüneke wäre für die Prüfung dankbar.

Herr Graumann (Stadterneuerung und Denkmalpflege) bekräftigt, dass der Prüfauftrag für ein Quartier mitgenommen werden könnte; für die anderen Quartiere sinnvollerweise erst zu einem späteren Zeitpunkt.

Frau Hüneke stellt folgenden Antrag:

Es ist zu prüfen, wie die Leitkriterien für die Humboldtstr. 2 gestaltet werden können, um im vorgegebenen Gebäudemaß in Material und Form eine größere gestalterische Freiheit zu ermöglichen.

Der Prüfauftrag sollte im Beschlussvorschlag als 3.1 angefügt werden.

Zur Nachfrage von Ausschussmitgliedern geht Herr Emenlauer (Pro Stadt) erläuternd auf das Verfahren hinsichtlich der Auswahlkriterien bei der Bewerber bzw. Angebotsbewertung ein.

Frau Hüneke ändert das Wort Leitkriterien in Leitlinien.

Herr Dr. Seidel regt die Änderung des Wortes wie in ob an.
Frau Hüneke signalisiert Zustimmung.

Die beiden Änderungsanträge werden zur Abstimmung gestellt:

Abstimmung des Antrages von Frau Hüneke:

Ergänzung des Beschlusstextes um folgenden Punkt:

3.1 Es ist zu prüfen, ob die Leitlinien für die Humboldtstraße 2 gestaltet werden können, um im vorgegebenen Gebäudemaß in Material und Form eine größere gestalterische Freiheit zu ermöglichen.

Abstimmungsergebnis: 7/0/0

Abstimmung des Antrages von Herrn Jäkel:

Ergänzung des Beschlusstextes um Punkt 4.:

4. Das Leitbautenkonzept beschränkt sich zunächst auf die Quartiere I (Havelufer) und II (Schlossstraße). Die Quartiere III bis V sind vertieft zu untersuchen unter Berücksichtigung des Erhaltes des Wohnhauses am Platz der Einheit neben der Bibliothek und ggf. der Weiternutzung der Fachhochschulgebäude in der Friedrich-Ebert-Straße.

Abstimmungsergebnis: 2/5/0 – damit abgelehnt

Die entsprechend veränderte Vorlage wird zur Abstimmung gestellt:

Der Ausschuss für Stadtplanung und Bauen empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Die für die weitere städtebauliche, gestalterische und verkehrliche Entwicklung der Potsdamer Mitte zugrunde zu legenden Ziele und Leitlinien (Anlage 1).
2. Die für die Ausschreibung/Vergabe der im Treuhandvermögen befindlichen Grundstücke in der Potsdamer Mitte anzuwendenden Allgemeinen Verfahrensgrundsätze (Anlage 2).
3. Die für die Ausschreibung konkretisierten Vorgaben (Grundstückspässe) für die Quartiere I (Havelufer/Alte Fahrt) und Quartier II (Synagogenblock/Schlossstraße) (Anlage 3).

3.1 Es ist zu prüfen, ob die Leitlinien für die Humboldtstraße 2 gestaltet werden können, um im vorgegebenen Gebäudemaß in Material und Form eine größere gestalterische Freiheit zu ermöglichen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 7

Ablehnung: 0

Stimmenthaltung: 0

zu 3.1.2 Sanierungsgebiet "Potsdamer Mitte", Durchführung kombinierten Investoren-/ Architektenwettbewerbes für die städtischen Grundstücke Humboldtstraße 1 und 2 und Aufhebung der DS 09/SVV/0191 (Wiedervorlage)

Vorlage: 10/SVV/0014

Oberbürgermeister, FB Stadterneuerung und Denkmalpflege

Fassung vom 18.01.2010

Auch hier handelt es sich um eine Wiedervorlage.

Frau Hüneke macht aufmerksam, dass das Ergebnis des Prüfauftrages auf diese Beschlussvorlage Auswirkungen haben würde.

Herr Kutzmutz äußert, dass er dem Vorschlag Leitbauten und Leitlinien folgen könne; äußert jedoch Bedenken zur Durchführung eines kombinierten Investoren-/Architektenwettbewerbes und wird dieser Vorlage keine Zustimmung geben.

Herr Klipp erörtert, dass damit nicht ausgeschlossen wird, einen nachlaufenden Wettbewerb zu machen, dies jedoch in Zusammenarbeit mit einem Investor. Er macht in diesem Zusammenhang nochmals auf die bereits in der Begründung der Vorlage dargestellten Risiken eines vorlaufenden, offenen Architektenwettbewerbs für die Landeshauptstadt Potsdam aufmerksam.

Herr Pfrogner informiert über ein Schreiben der Architektenkammer an den Beigeordneten für Stadtentwicklung und Bauen, in welchem zu dem Ergebnis gekommen worden ist, dass es einen kombinierten Investoren-/Architektenwettbewerb nicht gibt (keine gesetzliche Grundlage). Dazu liegt Herrn Pfrogner das Antwortschreiben des Beigeordneten an die Architektenkammer vor, welches seines Erachtens diese Problematik nicht ausräumt.

Herr Kümmel macht deutlich, dass die Architektenkammer die Architekten vertritt. Es sei keine Aufgabe der Verwaltung, Einvernehmen mit der Architektenkammer herzustellen.

Herr Pfrogner äußert zur Klarstellung, dass die Architektenkammer eine Körperschaft des öffentlichen Rechts sei; kein Verband der eine Berufsgruppe vertritt. Es gebe klare bundesweite Regelungen zum Umgang mit Wettbewerben.

Herr Klipp verweist auf seine Antwort vom 27.1.10. Danach gebe es seitens der Kammer ein Missverständnis hinsichtlich der Wortwahl; ein rechtlicher Verstoß sei nicht beabsichtigt und liegt auch nicht vor. Die Architektenkammer spricht sich grundsätzlich für vorlaufende Architektenwettbewerbe aus. Ein kombinierter Investoren-/Architektenwettbewerb ist kein vergaberechtliches Wettbewerbsverfahren; aber es ist zulässig.

Die Vorlage wird zur Abstimmung gestellt:

Der Ausschuss für Stadtplanung und Bauen empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, für die Grundstücke Humboldtstraße 1 und 2 an der Alten Fahrt auf der Grundlage eines integrierten Leitbautenkonzeptes einen kombinierten Investoren-/ Architektenwettbewerb mit präzisen Vorgaben zur Nutzung und Gestaltung durchzuführen.
2. Gleichzeitig wird der Beschluss DS 09/SVV/0191 aufgehoben.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 5
Ablehnung: 2

Stimmhaltung: 0

zu 3.2 Bürgerbahnhof Potsdam West - Kurzfristige Denkmalsicherung (Wiedervorlage)

Vorlage: 10/SVV/0167

Fraktion CDU/ANW, Fraktion SPD

Herr Lehmann bringt den Antrag ein.

Herr Klipp informiert, dass in mehreren Gesprächsrunden mit dem Bauherren ein Vorhaben entwickelt wurde, welches baugenehmigungsfähig ist. Herr Klipp berichtet weiter, dass mit heutigem Tage der Kaufvertrag beurkundet worden ist und zitiert aus dem Vertrag § 7 Besitzübergabe „Besitz, Nutzen und Lasten des Kaufgrundstückes gehen am Tage der Beurkundung auf den Käufer über...“ Somit steht nicht mehr die Stadt Potsdam in der Pflicht, sondern der private Eigentümer.

Der Antrag wird als durch Verwaltungshandeln erledigt erklärt.

zu 3.3 Lennégarten am Bürgerbahnhof Park Sanssouci

Vorlage: 10/SVV/0433

Fraktion CDU/ANW

Herr Lehmann bringt den Antrag ein.

Herr Klipp macht aufmerksam, dass der Bebauungsplan beschlossen worden ist und damit von der Verwaltung und jedem anderen einzuhalten sei. Die Verwaltung habe keine Absicht den Bebauungsplan zu ändern.

Herr Kalesse (Denkmalpflege) gibt anhand kartographischer Darstellungen Erläuterungen:

- zum Entwurf, wie er von Lenné seinerzeit vorgelegt wurde,
- zur Entwicklung später nach dem Tode Lennés -> neues Bahnhofsgebäude und Anlage eines neuen Gartens,
- die ganze Gartenanlage ist bereits 1869 komplett verändert worden (Angaben des Brandenburgischen Landesamtes für Denkmalpflege) 3 Jahre nach dem Tod v. Lenné
- die Grundstücksgröße zur damaligen Zeit und in der heutigen Situation stimmen nicht mehr überein,
- Abtrennung - Denkmal Kaiserliche Post -> damit ist die Lennéanlage endgültig nicht mehr vollständig im Bestand existent

Eine Wiederherstellung des Lennégartens würde den Abriss des seit 2004 unter Denkmalschutz stehenden Bürgerbahnhofsgebäudes erfordern; dies wäre denkmalrechtlich nicht erlaubnisfähig. Die Kaiserliche denkmalgeschützte Post müsste ebenso abgerissen werden (Privatbesitz).

Bzgl. der Parkplatzsituation, die für die Betreuung eines Biergartens erforderlich wäre, teilt Herr Kalesse mit, dass bisher die Zufahrt dort geplant sei, wo auch 1896 eine Zufahrt gewesen ist.

Er sehe keine rechtliche Möglichkeit, einen privaten Eigentümer zu zwingen, einen nicht mehr vorhandenen Garten in einer Fassung vor 1869 wieder herzustellen.

len. Diese Wiederherstellung ist darüber hinaus auch objektiv nicht möglich.

Herr Lehmann bittet die Folien dem Protokoll beizulegen und den Antrag zur Abstimmung zu stellen; zumindest die Reste des Lennégartens sollten erhalten bleiben.

Herr Klipp informiert, dass im KOUL-Ausschuss auch die naturschutzrechtliche Frage eine Rolle gespielt habe. Der größte Teil des schützenswerten Baumbestandes entspreche nicht der Lennéschen Planung und müsste für eine Rekonstruktion gefällt werden. Dafür würde aber keine naturschutzrechtliche Genehmigung erteilt werden.

Herr Dr. Seidel bestätigt die Ausführungen von Herrn Klipp aus dem KOUL-Ausschuss. Der KOUL-Ausschuss hat folgendes Votum abgegeben: Der KOUL-Ausschuss sieht sich für denkmalschutzrechtliche Fragen nicht zuständig, weist aber auf die Problematik Erhaltung von Großbäumen hin.

Frau Hüneke erkundigt sich, ob es noch Bestandsbäume aus der Zeit Lennés gibt.

Herr Kalesse antwortet, dass nur die Platane als gesichert angesehen werden kann. Diese soll auch nicht gefällt werden.

Nach kurzen Äußerungen weiterer Teilnehmer fasst Frau Hüneke zusammen, dass mit der Berichterstattung hier im Ausschuss das Prüfergebnis bereits dargelegt worden ist.

Auch Herr Klipp bittet darum, den Antrag zurückzuziehen.

Herr Lehmann bittet nach wie vor um Abstimmung des Antrages.

Der Antrag wird zur Abstimmung gestellt:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert zu prüfen, inwieweit die Veräußerung des denkmalgeschützten Bürgerbahnhofs Park Sanssouci an einen privaten Investor zur Zerstörung des fragmentarisch erhaltenen Lennégarten hier am Standort führt. Sollte sich der Verdacht der Zerstörung bestätigen, so wird der Oberbürgermeister aufgefordert sicherzustellen, dass die Festsetzungen des B-Plans beachtet werden.

Nach der Sommerpause, im September 2010, ist der SVV ein entsprechender Bericht vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 1

Ablehnung: 6
Stimmhaltung: 0

Damit wird empfohlen, den Antrag abzulehnen.

zu 3.4 ÖPNV

Die Tagesordnungspunkte 3.4.1 und 3.4.2 werden zusammen behandelt.

zu 3.4.1 Buslinien zur Universität Potsdam (Wiedervorlage)

Vorlage: 09/SVV/1078

Gruppe Die Andere
mit Änderungsantrag der Fraktion SPD

Ein Vertreter der antragstellenden Gruppe ist nicht anwesend.

(sh. auch TOP 3.4.2)

Der SB-Ausschuss stellt im Ergebnis der durch den ViP gegebenen Informationen fest:

Die Prüfung hat statt gefunden, das Ergebnis ist vorgelegt worden. Somit ist der Antrag durch Verwaltungshandeln erledigt.

zu 3.4.2 Information zur Beschwerdesituation nach dem Fahrplanwechsel des Verkehrsbetriebes Potsdam zum 1. April 2010 (gem. Beschluss STVV 10/SVV/0347)

Geschäftsführer ViP, Herr Weis

Herr Weis und Frau Höbel (ViP) reichen den Teilnehmern als Tischvorlage eine Präsentation aus.

Anhand der Präsentation geht Frau Höbel erläuternd

- auf die Veränderung des Leistungsumfanges
- die ersten Ergebnisse des Fahrplanwechsels
- die Anzahl und den Inhalt der eingegangenen Beschwerden und Hinweise in Schwerpunkten
- die vorgesehenen Veränderungen, einschl. Zeitplan
- sowie auf die Kundenmeinung zum ÖPNV

ein.

Auf einzelne Hinweise und Rückfragen der Ausschussmitglieder geht Herr Weis ein.

Seitens verschiedener Ausschussmitglieder werden kritische Hinweise gegeben und es erfolgt die Bitte an den ViP, diese Hinweise im Rahmen des nächsten Fahrplanwechsels aufzugreifen:

- Anbindung Hauptbahnhof nach Potsdam West am Abend hat sich verschlechtert; kein Anschluss am Platz der Einheit von der 92
- Verbindung vom Hauptbahnhof nach Eiche/Golm → Verschlechterung der Anbindungen zu bestimmten Zeiten; teilweise sind Fahrten ab 21.00 Uhr unterbrochen, es fehlen z.B. am Hauptbahnhof Hinweise auf Umsteigeprozedere (kurzfristige Ergänzung auf den Fahrplänen erforderlich).

Der Ausschussvorsitzende schlägt vor, die Berichterstattung zur Kenntnis zu

nehmen. Er richtet die Bitte an die Vertreter des ViP, die hier gegebenen Hinweise bei der weiteren Arbeit zu berücksichtigen.

zu 3.5 Radverkehr

zu 3.5.1 Überprüfung der Prioritäten des Radverkehrskonzepts der LHP Vorlage: 10/SVV/0407

Fraktion SPD

Herr Kümmel bringt den Antrag ein.

Herr Dörrie (Stadtentwicklung-Verkehrsentwicklung) berichtet, dass das prioritäre Radroutennetz die Arbeitshilfe für ein schrittweises Vorgehen ist, um zum Zielnetz zu kommen. Die Routen setzen sich aus kleinteiligen Verbindungen zusammen.

Anhand der Karte geht Herr Dörrie erläuternd auf die prioritäre Route C (beschilderter BUGA-Radweg) ein. Fahrziel ist der Stern; die Stadtachse Stern Drewitz ist angebunden. Die Ausschilderung müsse so erfolgen, dass die Nutzer erkennen, wo sie entlang fahren können.

Herr Kümmel sieht bei der Route nicht die Möglichkeit, schnell von a nach b zu gelangen. Die Routen sollten an den Stellen liegen, wo die Leute fahren.

Herr Dr. Seidel spricht sich für den Prüfauftrag mit Berichterstattung in der Stadtverordnetenversammlung aus. Er macht aufmerksam, dass es viele Stellen im Radverkehrsnetz gebe, an denen es plötzlich aufhört.

Der Antrag wird zur Abstimmung gestellt:

Der Ausschuss für Stadtplanung und Bauen empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Im Rahmen einer Überprüfung der Prioritäten des Radverkehrskonzeptes der LHP soll der Geh- und Radweg zwischen Schlaatz und Stern (Wetzlarer Straße bis Straße Zum Kirchsteigfeld) in die Radialroute C und damit in das Haupttrouennetz der Radverkehrsstrategie der Stadt Potsdam (DS 08/SVV/455) aufgenommen werden. Die jetzige Führung der Radialroute C am Baggersee entlang wird gestrichen.

Um eine Fortführung der Route entlang der Nutheschnellstraße bis ins Wohngebiet Drewitz sicher zu stellen, ist mit den anliegenden Gewerbetreibenden zu verhandeln.

Die Prüfung der Prioritäten soll unter Federführung des Ausschusses Stadtentwicklung und Bauen erfolgen und im November im Ausschuss berichtet werden. Ergebnisse sind der Stadtverordnetenversammlung im Dezember 2010 zur Beschlussfassung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 5

Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 2

zu 3.5.2 Radweg Drewitzer Straße

Vorlage: 10/SVV/0418

Fraktion DIE LINKE

Die Einbringung des Antrages erfolgt durch Herrn Jäkel.

Herr Dörrie teilt mit, dass die Drewitzer Straße Teil des prioritären Radroutennetzes ist. Die Kosten betragen 17 T€ ohne Planungsleistungen. Die Planung für die gesamte Route C soll im Jahr 2011 durchgeführt werden. Die Umsetzung ist für 2012 vorgesehen.

Herr Jäkel äußert für Vertreter seiner Fraktion, dass eine umfängliche Planung nicht notwendig sei. Eine Markierung wäre ausreichend.

Herr Dörrie betont, dass auch die Markierung eine Planung voraussetze. Der Markierungsplan müsse abgestimmt und durch die Straßenverkehrsbehörde angeordnet werden.

Ein gewisser Zeitvorlauf ist notwendig; eine Oberflächenerneuerung ist partiell erforderlich. Von daher halte er es nicht für sinnvoll, jetzt zu markieren und später die Oberflächenerneuerung vorzunehmen.

Herr Lehmann sieht für die Drewitzer Straße bauliche Maßnahmen als ebenfalls erforderlich an.

Herr Jäkel stellt klar, dass der Abschnitt bis zu den Gleisen gemeint war.

Herr Dr. Seidel stellt den Änderungsantrag, anstelle von 2010 2011 einzusetzen.
Abstimmung des Änderungsantrages: 6/1/0

Der Ausschuss für Stadtplanung und Bauen empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Radweg entlang der Drewitzer Straße ist bis Ende ~~2010~~ **2011** zu realisieren.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 7
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 0

zu 3.5.3 Vorstellung Vorplanung Radverkehrsmaßnahmen 2010

FB Stadtplanung und Bauordnung

Herr Dörrie (Stadtentwicklung-Verkehrsentwicklung) erinnert an die Verabredung,

über konkret anstehende Maßnahmen jährlich im Ausschuss zu berichten. Mittels Präsentation gibt Herr Dörrie eine Übersicht über den Gesamtumfang der Maßnahmen, den Verfahrensstand, die Planungsgrundsätze und geht erläuternd auf die Schwerpunkte im Detail ein. Weitere Aktivitäten für ganz konkrete Infrastrukturmaßnahmen sind

- die Wegweisung (Wegweisungskonzept)
- die Machbarkeitsstudie Fahrradstation
- die Fortsetzung der aktiven Öffentlichkeitsarbeit und
- das Fahrradverleihsystem (Start Anfang Juli mit 25 Stationen und insgesamt 200 Fahrrädern).

Im Rahmen der Diskussion erfolgen diverse Nachfragen und Hinweise der Ausschussmitglieder zu einzelnen Maßnahmen, auf welche Herr Dörrie erläuternd eingeht. So werden u.a. hinterfragt:

- Yorckstraße – Erfordernis trotz Zone 30 km/h?
- Nauener Tor – Gefährdungspotential durch Tram wird gesehen
- Hegelallee – Gestaltung des Mittelstreifens
- Europaradweg – wie erfolgt die Festlegung; Mitwirkung?
- Amundsenstr. – kein Erfordernis für Schutzstreifen
- Dortustraße – langfristig geplanter Pflasteraustausch
- Jägerallee stadtauswärts
- Friedrich-Ebert-Straße Nord

Bzgl. des Nauener Tores bittet Herr Jäkel im Protokoll festzuhalten, dass früher definiert worden ist, dass der Innenstadtring zügig fließen müsse. Deshalb müsse sich der Radverkehr unterordnen.

Herr Klipp schlägt zum Verfahren vor, die Präsentation als Protokollanlage auszureichen. Er unterbreitet das Angebot an interessierte Ausschussmitglieder, ein Rückfragenkolloquium zu organisieren. Seitens der Ausschussmitglieder wird das Angebot angenommen. Die Verwaltung wird Anfang Juli 2010 zu einem Termin einladen.

Hinsichtlich der Hinweise einiger Ausschussmitglieder, dass vor diesem Termin nicht bereits mit den Maßnahmen begonnen wird, erklärt Herr Klipp:

- die Maßnahme Hegelallee befindet sich noch nicht in der Ausschreibung
- Amundsenstraße – noch keine Aktivitäten
- Dortustr. /Pflaster – Umsetzung mittelfristig nicht realistisch.

zu 3.6 Umfrage zur Verkehrskonzeption für Drewitz

Vorlage: 10/SVV/0395

Fraktion DIE LINKE

Herr Jäkel bringt den Antrag ein.

Herr Graumann (FB Stadterneuerung und Denkmalpflege) berichtet, dass es eine Nachjustierung mit Sicherheit geben wird. Die bisherige Abstimmung mit den Bürgern habe Bedarf gezeigt. Jedoch sei der Antrag in dieser Hinsicht nicht zielführend.

Herr Graumann teilt mit, dass sich im Ergebnis der Auftaktveranstaltung am 6.5.10 10 Drewitzer bereit erklärt haben mitzuwirken (eingebunden in eine Arbeitsgruppe). Auch auf dem 1. Gartenstadtfest habe es Signale zur Mitwirkung von Drewitzern gegeben.

Für die Durchführung von Bürgerbefragungen würden Zeit und Kapazitäten benö-

tigt; dies würde zur Unterbrechung der bisherigen Planung führen.

Auch Herr Dr. Seidel äußert, dass eine Bürgerumfrage im Moment nicht zielführend wäre. Erst nach Überarbeitung des Konzeptes könnten konkrete Fragen gestellt werden. Herr Dr. Seidel regt die Modifizierung bzw. Zurückstellung des Antrages an.

Frau Hüneke unterstützt die Ausführungen von Herrn Dr. Seidel. Die Bürgerbeteiligung läuft; die Entwicklung ist abzusehen.

Herr Klipp nimmt Bezug auf die Veranstaltung am 6.5.10; hier habe es eine frühzeitige Beteiligung zum Verkehrskonzept gegeben.

Erst einmal sollte informiert werden. Missverständnisse sollten ausgeräumt und Überlegungen getroffen werden, welche Fragen gestellt werden könnten.

Er bittet den Prozess fortlaufen zu lassen. Die Bürgerbeteiligung sei eine Selbstverständlichkeit.

Herr Klipp schlägt vor, die Antwort der Verwaltung auf das Schreiben des Bürgeraktivs Drewitz sowie das Interview in der Stadtteilzeitung an alle Fraktionen zu geben.

Herr Jäkel bittet, solange die Bürgerbeteiligung läuft, keine Tatsachen zu schaffen.

Herr Klipp entgegnet, dass keine Sperrung der Konrad-Wolf-Allee erfolgen wird.

Herr Kümmel begrüßt die Zurückstellung des Antrages. Die Diskussion sollte erst erfolgen, wenn die Pläne konkreter sind.

Herr Kutzmutz (als Antragsteller) stellt den Antrag mit dem Verweis auf das Schreiben Bürgeraktiv Drewitz zurück. Er werde in der Fraktion dafür werben, den Antrag zu einem späteren Zeitpunkt wieder aufzurufen.

zu 3.7 Begrünung des Mittelstreifens der Breiten Straße

Vorlage: 10/SVV/0415

Fraktion DIE LINKE

Herr Jäkel bringt den Antrag ein.

Herr Klipp teilt mit, dass dies eine Baumaßnahme im öffentlichen Straßenland wäre. Er bittet die fragwürdige Aufenthaltsqualität und sehr geringe ökologische Wirksamkeit zu betrachten. Der Aufwand müsste aus dem Ergebnishaushalt kommen; bisher wurde dieser nur für Maßnahmen der Gefahrenabwehr in Anspruch genommen.

Herr Steffens (Grün- und Verkehrsflächen) informiert über die Planung, den Mittelstreifen zwischen den Fahrbahnen zu entfernen, die Gehwege zu verbreitern und auf jeder Straßenseite eine Baumreihe zu pflanzen. Die Umbaumaßnahme

Breite Straße zwischen Schloßstraße und Dortustraße soll im Jahr 2011 durchgeführt werden. Aus diesem Grunde mache es keinen Sinn, den Mittelstreifen umzugestalten in dem Wissen, dass dieser später nicht mehr existieren wird.

Herr Klipp ergänzt, dass der Mittelstreifen zugunsten verbreiteter Fußwege weggenommen werden soll. Er regt an, die Planung im SB-Ausschuss vorzustellen.

Herr Dr. Seidel hält die Querung der Breiten Straße für gefährlich und bezweifelt ebenfalls die Aufenthaltsqualität auf dem Mittelstreifen.

Herr Kühnemann greift den Vorschlag des Beigeordneten auf und bittet die Planung bis zur Zeppelinstraße im SB-Ausschuss vorzustellen.

Herr Jäkel informiert, dass er sich bei zeitnaher Vorstellung der Planung des Bereiches zwischen Lustgarten und Dortustraße hinsichtlich der abschnittswisen Entsiegelung auf den Bereich zwischen der Zeppelinstraße und Schopenhauerstraße (abschnittswise Entsiegelung) beschränken könne.

Herr Dr. Seidel beantragt die Änderung in einen Prüfauftrag ... zu prüfen (statt zu veranlassen) und BE im November (statt September).

Herr Jäkel greift die Anregung auf und ändert seinen Antrag wie folgt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, ob die abschnittswise Entsiegelung und Begrünung des Mittelstreifens der Breiten Straße im Bereich zwischen Zeppelinstraße und Schopenhauerstr. vorgenommen werden kann. Dabei sind an den Querungsstellen vor der Markthalle befestigte Teilbereiche zu belassen.

Der Stadtverordnetenversammlung ist bis November 2010 dazu Bericht zu erstatten.

Herr Dr. Seidel empfiehlt das Wort *ob* gegen *wie* auszutauschen.

Der vom Antragsteller geänderte Antrag wird zur Abstimmung gestellt:

Der Ausschuss für Stadtplanung und Bauen empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt **zu prüfen, ob und wie** die abschnittswise Entsiegelung und Begrünung des Mittelstreifens der Breiten Straße **im Bereich zwischen Zeppelinstraße und Schopenhauerstraße vorgenommen werden kann** zu veranlassen. Dabei sind an den Querungsstellen vor der Markthalle und vor dem Naturkundemuseum befestigte Teilbereiche zu belassen.

~~Zur Umsetzung des Auftrages ist der Stadtverordnetenversammlung im Sep-~~

~~tember 2010 Bericht zu erstatten.~~

Der Stadtverordnetenversammlung ist bis November 2010 dazu Bericht zu erstatten.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 7

Ablehnung: 0

Stimmenthaltung: 0

**zu 3.8 Vertiefungsstudie der Touristenbuskonzeption für die Landeshauptstadt
Potsdam - Februar 2010**

Vorlage: 10/SVV/0475

Oberbürgermeister, Bereich Wirtschaftsförderung

Herr Frerichs (Wirtschaftsförderung) informiert, dass es sich im wesentlichen um einen Maßnahmenkatalog mit Prioritäten und Kostenschätzung handelt und geht inhaltlich darauf ein.

Der Ausschussvorsitzende teilt mit, dass mit dem Papier eine Handlungsgrundlage vorliegt, aus welcher die Fraktionen entsprechende Ableitungen vornehmen können.

Herr Teuteberg bringt zum Ausdruck, dass die Studie seines Erachtens zu wenig auf Alternativen eingegangen ist. Hier würde er in einer Vertiefungsstudie mehr erwarten, auch Differenzierungen. Weiterhin regt Herr Teuteberg an, stärker die Verständigung mit dem Verkehrsbetrieb Potsdam vorzunehmen. Bedenken äußert er bzgl. der provisorischen Einrichtungen und zum Aufstellen von Toilettencontainern.

Herr Schütt macht aufmerksam, dass es größtenteils den Busreiseverkehr betreffe. Den Vorschlag von Herrn Teuteberg, die Nutzung des ÖPNV einzubinden, hält er für undenkbar. Hinsichtlich der angesprochenen provisorischen Einrichtungen (Gastronomie und Toilettencontainer) würde den Bedürfnissen Rechnung getragen.

Herr Jäkel spricht die Maulbeerallee als angegebene bevorzugte Reiseroute für Busse an. Dies sollte bei der Instandsetzung Berücksichtigung finden. Herr Jäkel hinterfragt die Nutzung des Ökonomieweges z.B. für Pferdekutschen.

Herr Teuteberg sieht in der Vertiefungsstudie die Vor- und Nachteile nicht ausreichend dargestellt. Die in der Mitteilungsvorlage vorgenommene Darstellung würde keine Abwägung ermöglichen, was das Richtige für Potsdam wäre.

Herr Frerichs nimmt die Anregungen und Hinweise auf. Zur weiteren Verfahrensweise informiert er, dass nicht vorgesehen sei, jede einzelne Maßnahme nochmals vorzulegen. Er unterbreitet das Angebot, bei Rückfragen direkt auf die Wirtschaftsförderung zuzukommen.

zu 4 Mitteilungen der Verwaltung

zu 4.1 Potentialanalyse Einzelhandel in der Innenstadt und Babelsberg, hier Bericht über die Entwicklung der Potentiale gemäß Beschluss: 08/SVV/0992
FB Stadterneuerung und Denkmalpflege

Aufgrund der fortgeschrittenen Zeit (21.56 Uhr) wird dieser TOP auf die nächste Sitzung vertagt.

zu 4.2 BE zur Schaffung eines Raumangebotes für die Stadteilschule Drewitz (gemäß Beschluss STVV 10/SVV/0145 Anbau Stadteilschule Drewitz)
FB Stadterneuerung und Denkmalpflege

Herr Dr. Baatz (Stadtkontor) berichtet über das Konzept Stadteilschule, welches folgendes Anliegen verfolgt:

- Sanierung und Erweiterung der Schule um einen Stadteiltreff als Begegnungsstätte
- Verbesserung der räumlichen und organisatorischen Bedingungen der Schule für die Bildung und Betreuung der Schüler
- Zusammenarbeit von Schule, sozialem Träger und ehrenamtlich engagierten Bürgern im Stadteilnetzwerk
- Erweiterung und Bündelung der Angebote für Bildung, Betreuung, Beratung und Begegnung im Stadtteil

Herr Dr. Baatz stellt das Ergebnis des durchgeführten Werkstattverfahrens anhand einer Präsentation vor (Entwurf Aussehen und Nutzung) und gibt einen Ausblick zum weiteren Verfahren. Der geplante Baubeginn ist 2011. Die Präsentation wird dem Protokoll als Anlage beigefügt.

Der Ausschussvorsitzende dankt für die Information.

zu 4.3 Verständigung zur Liste der Vorbescheidsanträge/Bauanträge vom 27.05.2010 bis 09.06.2010 sowie Beantwortung der Nachfragen aus der Sitzung vom 08.06.10
FB Stadtplanung und Bauordnung

Vertagt auf die nächste Sitzung.

zu 5 Sonstiges

keine